



02.12.2021

An den Bürgermeister  
der Gemeinde Grefrath  
Stefan Schumeckers

per Mail

Rathausplatz 3  
47929 Grefrath

### **Gemeinsamer Antrag zum Haushalt 2022 Entfristung der Stelle für die Sozialarbeit für die Geflüchtetenhilfe in Grefrath**

bzw. Aufnahme als freiwillig gemeindefinanzierte Planstelle für eine/n Sozialarbeiter/in (Dipl. oder BA) mit 25 Wochenstunden

Sehr geehrter Hr. Bürgermeister,

In unserer Gemeinde leben derzeit ca. 115 Geflüchtete. Deren gute Betreuung, Unterstützung und Integration ist uns ein wichtiges Anliegen. Aktuell und voraussichtlich auch in den nächsten Jahren wird die Gemeinde weitere Geflüchtete aufnehmen. Sie sind Einwohner unserer Gemeinde, wichtige Arbeitskräfte, die auch in Grefrath schon jetzt dringend gesucht werden. Viele haben schreckliche Erlebnisse hinter sich gelassen und müssen sich in einem fremden Land mit einer fremden Sprache, Bürokratie u.v.m. zurechtfinden. Die Kinder in den Familien sollen behütet aufwachsen, wie unsere Kinder.

In der Bevölkerung haben sich Hilfsstrukturen und Freundschaften gebildet, die wir durchaus als vorbildhaft bezeichnen können. Als ebenso vorbildhaft und nah an den Menschen schätzen wir die Sozialarbeit, die besonders in den letzten zwei Jahren für die vielen verschiedenen Belange in diesem Bereich geleistet wird. Dies ist insbesondere der Tatsache zu verdanken, dass sie von unserer Gemeinde für Einwohner in dieser Gemeinde geleistet wird.

Den Tätigkeitsbericht der jetzigen Sozialarbeit für Geflüchtete konnten wir im JuSoSe (s. Protok. v. 11.11.) zur Kenntnis nehmen und haben diesen auch entsprechend gewürdigt. Diese bewährte und als sehr erfolgreich zu bezeichnende Arbeit jetzt nicht mehr weiterzuführen, halten wir für falsch.

Das Kommunale Integrationsmanagement (KIM), das beim Kreis Viersen angesiedelt ist und jetzt diese Arbeit für Grefrath mit übernehmen soll, kann aus unserer Sicht nicht die intensive Arbeit leisten, wie eine Mitarbeiterin/ein Mitarbeiter der Gemeinde, die/der täglich vor Ort ansprechbar ist.

Eine Ergänzung der Arbeit vor Ort durch das kommunal übergreifende KIM halten wir natürlich für sinnvoll. Wir gehen davon aus, dass unter der Federführung der Verwaltung konkret ein Ineinandergreifen unter Einbeziehung der ehrenamtlichen Strukturen erarbeitet wird.

Aus den o.g. Gründen beantragen wir die Voraussetzungen im Haushalt 2022 zu schaffen.

Monika von Söhnen  
Maren Rose-Hessler  
Bündnis 90/die Grünen

Eckhard Klausmann  
GOVM

Bernd Bedronka  
SPD

Stephanie Jahrke  
FDP